

### **Thesen zur Anhörung**

#### **„Die Zukunft der globalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur“**

#### **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Berlin, 8. Mai 2023**

Die gegenwärtige Lage ist ungünstig für globale Rüstungskontrolle und Abrüstung (Kündigung von Verträgen, Angriffskrieg Russlands, Nachfolge New START ab 2026 unklar, quantitative und qualitative Aufrüstung, Verschränkung konventioneller und Nuklear-Rüstung, Tendenz zu „Geopolitik“ u.a.).

Dennoch bleibt richtig, dass eigene Sicherheit dauerhaft nur in internationaler Zusammenarbeit gewährleistet werden kann, wobei Rüstungskontrolle und Abrüstung (sowie Vertrauensbildung) unerlässlich sind. Deutschland sollte sich aktiv für die Rückkehr zu solcher Politik global wie in Europa einsetzen.

In der Rüstungsforschung und -entwicklung gibt es mehrere sehr problematische Tendenzen: Kernwaffen bekommen höhere Zielgenauigkeit bei ggf. kleinerer Sprengenergie. Das kann den frühen Einsatz erleichtern.

Aufwuchs bei Raketenabwehr erzeugt Befürchtungen, die nukleare Zweitschlagsfähigkeit und damit die nukleare Abschreckung werde gefährdet. Das führt u.a. zu Bemühungen um Hyperschallflugkörper. Diese fliegen zwar nicht schneller als ballistische Raketen, aber auf niedrigeren, ggf. gekrümmten Bahnen und können erst später entdeckt werden, was wiederum die Abwehrbestrebungen verstärkt. Problematisch ist auch, dass sie konventionelle oder Nukleargefechtsköpfe tragen können. Start von weitreichenden Abwehrraketen könnte als Angriff missverstanden werden. Antisatellitenwaffen bedrohen zivile und militärische Satelliten.

Nach unbemannten Kampfflugzeugen, die im Angriff durch Menschen ferngesteuert werden, gibt es militärischen Druck zu autonomen Waffensystemen, wo Computer die Auswahl und Bekämpfung von Zielen steuern.

Allgemeiner wird für künstliche Intelligenz nicht nur in Waffen-, sondern auch in Führungs- und Entscheidungssystemen geforscht, v.a. um schneller als ein Gegner entscheiden und handeln zu können, mit dem Ziel „fight at machine speed“.

Auch bei Cyberkrieg und seiner Vorbereitung kann es um schnelles Handeln und Reagieren gehen. Im Bereich der Lebenswissenschaften zeichnen sich neue Möglichkeiten feindlicher Nutzung ab.

Viele dieser Entwicklungen gefährden das Kriegsvölkerrecht. Der Druck zu schnellem Handeln kann in einer schweren Krise zu unbeabsichtigter Eskalation führen. In vielen Bereichen werden Technologien breiter verfügbar und leichter zugänglich, und Waffensysteme können kleiner werden, was terroristische Nutzung erleichtern würde. Solche Gefahren sollten durch präventive Rüstungskontrolle eingedämmt werden, die durch entsprechende Forschung vorbereitet werden muss.

Deutschland ist über die NATO-Raketenabwehr und die European Sky Shield Initiative in den globalen Rüstungswettlauf bei strategischen Nuklearwaffen einbezogen, hat also eine gewisse Mitverantwortung für das Verhältnis zwischen den Nuklearhauptmächten, insbesondere die strategische Stabilität. Es sollte bei USA und Russland dafür werben, wieder Abwehrbegrenzungen einzuführen, und in der NATO für Zurückhaltung eintreten.

Taktische Nuklearwaffen in Europa bergen ein prinzipielles Eskalationsrisiko, bei Raketen insbesondere durch die kurzen Flugzeiten (500 km: 7 Minuten, 2000 km: 13 Minuten). Deutschland sollte für Begrenzungen eintreten.

Bei autonomen Waffensystemen sollte Deutschland für ein abgestuftes Verbot bzw. ein Gebot bedeutsamer menschlicher Steuerung von Waffen ohne Besatzung an Bord eintreten. Insbesondere sollte die Bundesregierung ihre Definition eines „tödlichen autonomen Waffensystems“ (lethal autonomous weapon system LAWS) an die absehbaren Fähigkeiten und Bedrohungen anpassen (streichen der Bedingungen gegen Menschen gerichtet, lernfähig, Selbstwahrnehmung).

Die USA und Russland sollten zügig für einen New-START-Nachfolgevertrag verhandeln, auch wenn der russische Krieg gegen die Ukraine nicht beendet sein sollte. Dabei sollte die Perspektive einer Einbeziehung Chinas, dann auch Frankreichs und Großbritanniens, verfolgt werden, die sollte aber nicht zur Bedingung gemacht werden. Deutschland sollte sich bei den jeweiligen potentiellen Akteuren dafür einsetzen.

In Bezug auf konventionelle Streitkräfte in Europa sollte Deutschland sich für einen Ersatz für den KSE-Vertrag einsetzen. Die vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen der OSZE (Wiener Dokument) sollten reaktiviert werden.

In einem umfassenden Ansatz für globale Rüstungskontrolle sind viele Maßnahmen sinnvoll: Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, mehr Massenvernichtungswaffen-freie Zonen, Verbot von Weltraumwaffen, regionale Begrenzungen konventioneller Rüstungen sowie VSBM auch außerhalb Europas, Begrenzungen bei Raketen, Marschflugkörpern, Kampfflugzeugen, Seestreitkräften, ...

Bei allen Bemühungen um die globale Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur sollte militärische Stabilität das Hauptkriterium sein. Insbesondere sollten Systeme und Strukturen, die Druck zum schnellen Zuschlagen erzeugen, vermieden bzw. abgerüstet werden.

Zum Nachlesen:

Jürgen Altmann, Technology, Arms Control and World Order: Fundamental Change Needed, Toda Peace Institute Policy Brief No. 89, September 2020, [https://toda.org/assets/files/resources/policy-briefs/t-pb-89\\_jurgen-altmann.pdf](https://toda.org/assets/files/resources/policy-briefs/t-pb-89_jurgen-altmann.pdf)